



Presseinformation

Nr. 332 / 2014

Kiel, Donnerstag, 24. Juli 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verkehrsinfrastruktur / Rader Hochbrücke

Christopher Vogt: Es ist unverantwortlich, dass die Landesregierung bei der Rader Hochbrücke durch unsinnige Planungen für Verunsicherung sorgt und kostbare Zeit vertändelt

Zu einem Pressebericht der "Landeszeitung" über die aktuellen Planungen des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr (LBV) bezüglich eines Ersatzbauwerkes für die Rader Hochbrücke erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

"Es ist wirklich bemerkenswert, dass der Landesbetrieb seine bisherigen Vorstellungen zunächst auf der kommunalen Ebene erläutert, bevor der Landtag darüber informiert wird. Nun erfahren wir aus der Presse, dass der LBV offenbar plant, die Rader Hochbrücke in einem Zwei-Stufen-Verfahren durch ein neues Brückenbauwerk zu ersetzen. Im Jahr 2027 soll demnach zunächst ein Teilersatzbauwerk für den Verkehr freigegeben werden, um dann erst im Jahr 2031 ein komplettes Ersatzbauwerk zu eröffnen.

Dass der Landesbetrieb bereits vor der Vorstellung der angekündigten Studie in den Raum stellt, den Zeitplan dermaßen auf Kante zu nähern und für mehrere Jahre nur ein eingeschränkt nutzbares Ersatzbauwerk vorzuhalten, macht mich wirklich fassungslos. Angesichts dieser Äußerungen des Landesbetriebs erwarte ich jetzt endlich klare Aussagen des Ministers zu dem notwendigen Ersatzbauwerk an der A7. Ich fordere Verkehrsminister Meyer auf, umgehend öffentlich klarzustellen, was sein Ministerium in Abstimmung mit dem Bund plant und ob dieser Pressebericht zutreffend ist. Sollte dies der Fall sein, muss der Minister erklären, warum erst ab dem Jahr 2027 ein eingeschränkt befahrbares Teilersatzbauwerk eröffnet werden soll, wenn die alte Brücke nur bis zum Jahr 2026 halten soll und wie dann die Situation bis zum Jahr 2031 aussehen soll. Es kann nicht sein, dass es dann über mehrere Jahre eine Situation wie im Sommer

2013 geben soll. Diese Planung wäre der verkehrspolitische Super-GAU für Schleswig-Holstein.

Die Integration einer Bahntrasse in das Ersatzbauwerk wäre ohne Frage sinnvoll, aber oberste Priorität muss ein reibungsloser Übergang beim Straßenverkehr vor Ablauf der Restlebensdauer der alten Brücke im Jahr 2026 haben. Es ist unverantwortlich, dass die Landesregierung durch unsinnige Planungen für Verunsicherung sorgt und durch die Meinungsverschiedenheit mit dem Bund kostbare Zeit vertändelt."